Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8404**
17. Wahlperiode 20. 01. 2012

Fragen

für die Fragestunde der 154. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. Januar 2012

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordnete
Mechthild Rawert
(SPD)

Inwieweit nimmt die Bundesregierung den Skandal um verseuchte Brustimplantate des französischen Herstellers Poly Implant Prothèse (PIP) zum Anlass, um den Missbrauch von Schönheitsoperationen, bei denen sich gesunde Menschen unters Messer begeben und gesundheitliche Schäden riskieren, zu verhindern?

2. Abgeordnete
Mechthild Rawert
(SPD)

Befürwortet die Bundesregierung unter Berücksichtigung des Entwurfs einer Modernisierung der Richtlinie 2005/36/EG über die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen durch die EU-Kommission weiterhin eine Zusammenlegung der Berufsgruppen der Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpfleger/-innen sowie Altenpfleger/-innen, und welche sind die in diesem Abstimmungsprozess beteiligten Institutionen?

3. Abgeordnete
Hilde Mattheis
(SPD)

Wie sieht das Konzept der Bundesregierung aus, alle Pflegebedürftigen gleichermaßen durch den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und die Verbesserung der Leistungsansprüche zu unterstützen?

4. Abgeordnete
Hilde Mattheis
(SPD)

Welche Ausgabensteigerungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung erwartet die Bundesregierung in den nächsten zehn Jahren, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Finanzierung dieser Ausgabensteigerungen sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

5. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD)

Welche rechtlichen Vorgaben gibt es in Deutschland und der Europäischen Union zur Gewährleistung der Sicherheit von Menschen mit Behinderungen im Reiseverkehr mit Schiff, Flugzeug, Bus und Bahn, und wie bewertet die Bundesregierung diese vor dem Hintergrund bisheriger Unglücke?

6. Abgeordnete **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um Artikel 11 der für Deutschland geltenden UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen im Reiseverkehr mit Schiff, Flugzeug, Bus und Bahn zu gewährleisten?

7. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Bedeutung hat die Prioritätskennzahl auf der so genannten Prioritätenliste des Lärmsanierungsprogramms der Bundesregierung bei der Deutschen Bahn AG, und welche Auswirkungen hat sie auf die Umsetzung (z. B. die Lärmsanierung auf der Strecke Nummer 5100 Bamberg–Ebensfeld, die eine Prioritätskennzahl von 6,162 trägt)?

8. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Projekte wurden in der aktuellen Legislaturperiode im Rahmen des Haushaltstitels „Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in welcher Höhe kofinanziert bzw. getragen?

9. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Planung für den Tiefbahnhof „Stuttgart 21“ für vier Bahnsteige mit insgesamt 16 000 m^2 Bahnsteigfläche (einschließlich der Flächen für Aufzüge, Treppenaufgänge, Stützpfeiler usw.) im Vergleich zum bestehenden Kopfbahnhof mit acht Bahnsteigen mit insgesamt 21 710 m^2, wobei die Bahnsteigflächen im Tiefbahnhof nicht erweiterbar sind, wohingegen die Bahnsteigflächen im Kopfbahnhof verlängert und auf 30 000 m^2 erweitert werden können?

10. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Deutsche Bahn AG die nach der Fertigstellung des Projekts „Stuttgart 21“ frei werdenden Gleisflächen an die Stadt Stuttgart verkauft hat, und diese Flächen bisher nicht durch ein Stilllegungs- und Freistellungsverfahren nach den §§ 11 und 23 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes entwidmet worden sind?

11. Abgeordneter **Martin Burkert** (SPD)

Welche Schienenverbindungen wird es künftig im Rahmen der Erschließung des Flughafens Berlin Brandenburg BER vom Berliner Hauptbahnhof aus geben, und in welchem Takt soll der Zugverkehr stattfinden?

12. Abgeordneter **Martin Burkert** (SPD)

Ist es beabsichtigt, den Abgeordneten Patrick Döring wegen seiner neuen Funktion als FDP-Generalsekretär im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG auszutauschen, und wenn ja, soll dabei mit einem neuen weiblichen Aufsichtsratsmitglied angestrebt werden, den Frauenanteil im Aufsichtsrat zu stärken?

13. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Wie realistisch schätzt die Bundesregierung es ein, dass der Ausbau der Schienenstrecke Augsburg–Ulm auf Hochgeschwindigkeitsniveau noch in diesem Jahrzehnt zeitgleich mit dem Ausbau der Strecke Ulm–Stuttgart erfolgen kann (Augsburger Allgemeine vom 12. Januar 2012), und wie beurteilt die Bundesregierung auf der Grundlage bisheriger Untersuchungen das Kosten-Nutzen-Verhältnis die Bedeutung eines solchen Ausbaus?

14. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Wie realistisch schätzt die Bundesregierung es ein, dass nach der Strecke München–Lindau auch die Zulaufstrecken zum Alpentransit, also die Verbindungen zwischen Augsburg und Buchloe, Ulm, Neu-Ulm und Memmingen sowie Oberstdorf und Kempten, bis 2021 elektrifiziert werden müssen, und wie beurteilt die Bundesregierung auf der Grundlage bisheriger Untersuchungen das Kosten-Nutzen-Verhältnis die Bedeutung dieser Maßnahmen?

15. Abgeordneter **Sören Bartol** (SPD)

Warum startet der Feldversuch mit Gigalinern nach Aussagen des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, erst im Frühjahr 2012, wohingegen die entsprechende Sonderverordnung der Bundesregierung bereits am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist?

16. Abgeordneter **Sören Bartol** (SPD)

Wie viele Unternehmen haben sich für eine Teilnahme an dem Feldversuch mit Gigalinern bei der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) bis zum Stichtag 25. Januar 2012 angemeldet?

17. Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Wann ist das gemeinsame Gutachten von Bund und Ländern zur erweiterten Untersuchung des Wasserstraßennetzes in Deutschland im Sinne einer nachvollziehbaren Netzstruktur in Auftrag gegeben worden, das im 3. Bericht zur Reform der Wasser- und

Schifffahrtsverwaltung des Bundes des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages (Ausschussdrucksache 17(15)292, S. 5) angekündigt wurde, und wer hat den Auftrag für das Gutachten erteilt?

18. Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Liegt das Gutachten, dessen Ergebnisse laut diesem Bericht „voraussichtlich Ende 2011“ vorliegen sollten, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung inzwischen vor, und wenn nicht, bis zu welchem Zeitpunkt soll gemäß dem Auftrag die Untersuchung abgeschlossen werden?

19. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Welche konkreten flussbaulichen bzw. optimierten Unterhaltungsmaßnahmen hat das am 22. August 2011 vorgestellte Strategische Konzept für den Flussraum der frei fließenden Binnenelbe nach sich gezogen, und wann werden die Maßnahmen für eine durchgängig befahrbare Reststrecke abgeschlossen sein?

20. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Welche Zwischenergebnisse der vom Staatssekretär Prof. Klaus-Dieter Scheurle eingesetzten und mit direktem Zugriffsrecht auf Personalressourcen ausgestatteten Koordinierungsstelle für die Modernisierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (KoM-WSV) liegen der Bundesregierung bereits vor, und welche konkreten Umsetzungen wurden in der Organisationsstruktur der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes bereits umgesetzt?

21. Abgeordnete **Ute Kumpf** (SPD)

Welche Antragsteller haben ihre Bewerbung als „Schaufenster Elektromobilität“ bis zum Fristende am 16. Januar 2012 eingereicht, und aus welchen Regionen stammen die Projektskizzen?

22. Abgeordnete **Ute Kumpf** (SPD)

Bis wann trifft die Fachjury die Auswahl für die „Schaufenster Elektromobilität“, und welche Mitglieder sind in diesem Gremium vertreten?

23. Abgeordnete **Ulrike Gottschalck** (SPD)	Warum wurde der Fahrrad-Monitor Deutschland von der Bundesregierung im letzten Jahr außerhalb des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ohne die Anwesenheit des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung oder eines hochrangigen Beamten der Öffentlichkeit vorgestellt (vgl. FAZ vom 6. Dezember 2011)?
24. Abgeordnete **Ulrike Gottschalck** (SPD)	Wo sieht das BMVBS, nachdem die Mittel für den städtebaulichen Denkmalschutz zusammen mit den Städtebaufördermitteln erneut gekürzt wurden, noch Potenziale für den Erhalt von Baudenkmälern in Deutschland, von deren Modernisierung schließlich auch kleine und mittlere Unternehmen vor Ort profitieren?
25. Abgeordnete **Bettina Herlitzius** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Erwägt die Bundesregierung, angesichts der Finanzierungsprobleme, eine inhaltliche Neuausgestaltung des KfW-Programms zur energetischen Stadtsanierung?
26. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Sieht die Bundesregierung die Finanzierung der Verlängerung der Bundesautobahn 14 mittlerweile ernsthaft gefährdet vor dem Hintergrund, dass die vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, beim ersten Spatenstich in Colbitz geäußerte Forderung, bis zum Februar 2012 Planfeststellungsbeschlüsse zu erreichen, nicht eingehalten werden kann, und aus welchem Grund wurde diese Forderung aufgestellt, obwohl die Frist zur Abrechnung der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bis Ende 2013 läuft?
27. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt zum Bau der A 14, „Nach Lage der Dinge wird es zu einer Verzögerung kommen“ (Schweriner Volkszeitung vom 19. Januar 2012), und von welchen Fertigstellungsterminen (nach den Bauabschnitten 1 bis 7 und finanziellen Teilbeträgen) geht die Bundesregierung derzeit aus?

28. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Leitet die Bundesregierung aus der Analyse des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL), Klaus-Peter Siegloch, über die negativen Auswirkungen der Luftverkehrsteuer auf die deutsche Luftverkehrswirtschaft im Vergleich zu anderen europäischen Staaten im Allgemeinen, aber speziell für grenznahe deutsche Flughäfen sowie Low-Cost-Carrier Schlussfolgerungen ab, und wird sie die tatsächlichen Wirkungen dieser Steuer zeitnah untersuchen (travel tribune, Nr. 01-02/12)?

29. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Welche Auswirkungen auf die Anzahl der Anflüge auf den Flughafen Zürich-Kloten sind durch die Umsetzung der Dritten Verordnung zur Änderung der Zweihundertzwanzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung vom 16. September 2011 für den südlichen Schwarzwald und den Hochrhein zu erwarten?

30. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Welche der in Aussicht gestellten Grundlagen zu einer einvernehmlichen Lösung wurden in dieser Angelegenheit im Anschluss an das gemeinsame Treffen zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, und der schweizerischen Bundesrätin Doris Leuthard am 1. Dezember 2011 getroffen, und ist die Bundesregierung der Meinung, dass in diesem Zusammenhang auch die Tagesrandzeiten verhandelbar sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

31. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Warum wird Experten der deutschen Umweltverbände keine Möglichkeit eingeräumt, dem DIN-Normenausschuss anzugehören, der das neue ISO/TC-Normungsgremium zu Carbon Capture and Storage (CCS) auf nationaler Ebene spiegeln soll, und wie steht die Bundesregierung dazu?

32. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Warum wird Experten der deutschen Umweltverbände keine Möglichkeit eingeräumt, an internationalen Sitzungen im Rahmen der Jahrestagung des Normungsgremiums ISO/TC 207 „Environmental Management“ teilzunehmen, und wie steht die Bundesregierung dazu?

33. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche wissenschaftliche Basis hatte die Berechnung der Höhe der Managementprämie bei der Marktprämie im Erneuerbare-Energien-Gesetz (bitte die Institute und konkrete Studie angeben), und mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung aufgrund der aktuellen Entwicklung durch die Inanspruchnahme der Managementprämie?

34. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung angesichts des massiven Einbruchs der CO_2-Preise Maßnahmen zur Stabilisierung des europäischen Emissionshandelssystems und zur Verknappung der Emissionsrechte für erforderlich, und wenn ja, welche?

35. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sieht der konkrete Zeitplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) für die Arbeiten an den rechtlichen Grundlagen zur Beschleunigung der Rückholung des Atommülls aus der Asse aus (bitte auch mit Angabe des genauen Datums, zu dem die Entsorgungskommission dem BMU ihre diesbezügliche, vom BMU in Auftrag gegebene Bewertung/Stellungnahme vorlegen soll), und welche anderen Aufträge an Kommissionen, Sachverständige oder Gutachter hat das BMU bezüglich der Asse noch erteilt?

36. Abgeordnete **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.)

Warum betont die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/8114, in der sie angibt, dass von 2009 bis 2011 insgesamt 51 Transporte mit Kernbrennstoffen durch den Nord-Ostsee-Kanal durchgeführt wurden, dass ihr weitere Informationen nicht vorliegen, und geht das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit davon aus, dass es weitere Transporte von Kernbrennstoffen gegeben haben könnte, die der Bundesregierung aber nicht bekannt waren?

37. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)

Beantwortet die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/8114 die Frage, wie sich die Besitz- und Eigentumsverhältnisse von radioaktiven Stoffen während des Transports ggf. verändern (zu Frage 3) nicht, weil sie darüber keine Erkenntnisse hat oder weil sie diese nicht gegenüber dem Parlament offenlegen will?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

38. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in dem Beschluss der Vergabekammer bei der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von Seiten der Firma Datenlotsen Informationssystem GmbH (Az. Vgk FB 7/11) getätigte Aussage, dass die HIS Hochschul-Informations-System GmbH „europarechtswidrig eine institutionelle finanzielle Förderung“ in Höhe von durchschnittlich 8,4 Mio. Euro durch den Bund und die Länder erhält und zudem keine Lizenzgebühren für ihre Software berechnet?

39. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)

Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung aus diesem Beschluss für das Unternehmen HIS sowie im Hinblick auf vorhandene und zukünftige Hochschulausstattungen mit Campusmanagementsystemen?

40. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)

In welchem Umfang ist in der Finanzplanung des Bundes Vorsorge für steigende Ausgaben beim BAföG in den nächsten Jahren gestroffen, und sind dabei auch mögliche Leistungsverbesserungen einkalkuliert?

41. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)

Mit welchen konkreten Vorstellungen will die Bundesregierung wie angekündigt auf die Bundesländer zur Veränderung des BAföG zugehen, und in welchem Maße sollten nach Auffassung der Bundesregierung Bedarfssätze und Freibeträge steigen?

42. Abgeordnete **Bettina Herlitzius** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wurden bei der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft-Vergabe für den Neubau des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Vorgaben für den Primär- und Endenergiebedarf gemacht, die über die Energieeinsparverordnung hinausgehen?

43. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie sieht der Zwischenstand der Umsetzung der ersten Förderrunde des Qulitätspakts Lehre zum 31. Dezember 2011 im Einzelnen insbesondere im Hinblick auf den Mittelabfluss, die Höhe der ausgezahlten Mittel in 2011, die Höhe der in 2011 nicht verausgabten Mittel, der daraus ggf. gebildeten Ausgabenreste, der ggf. zum Jahresende 2011 verfallenen Mittel sowie die Zahl der damit bis Ende 2011 an Universitäten und Fachhochschulen eingestellten zusätzlichen Professoren (nach Bundesländern) aus, und wie teilen sich die im Haushalt 2012 für den Qualitätspakt Lehre veranschlagten Mittel – unter Angabe des Zeitplanes bis zur Bewilligung der zweiten Runde – jeweils auf die erste und zweite Förderrunde auf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

44. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von welchen Kriterien (fachliche Qualifikation, Beschäftigungsdauer, Parteizugehörigkeit) lässt sich der Bundesminister Dirk Niebel in seinen Entscheidungen über Stellenbesetzungen, insbesondere im Leitungsbereich, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) leiten, und welche Konsequenzen zieht er aus dem jüngsten Halbjahresbericht des BMZ-Personalrats?

45. Abgeordnete **Ute Koczy** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie begründet es die Bundesregierung, dass im Personalreferat des BMZ einem ehemaligen Kreisvorsitzenden der FDP als Referatsleiter Vorrang gegenüber langjährigen BMZ-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern gegeben wurde, angesichts der Tatsache, dass der Referatsleiter im Personalreferat die Kolleginnen und Kollegen gut kennen sollte, und muss dadurch nicht der Eindruck entstehen, dass dieser Umstand vor allem der Besetzung von Stellen anhand von Kriterien außerhalb der Fachlichkeit dient?

46. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie kann die Bejahung der Frage an die neue Leiterin der Servicestelle „Engagement Global“ Gabriela Büssemaker in einem Interview im „BOULEVARD Baden“ vom 16. Oktober 2011, für ihre künftige Anstellung sei bereits alles in trockenen Tüchern und werde vom Arbeitgeber selbst zum Ende des Jahres bekannt gegeben, anders verstanden werden, als dass Gabriela Büssemaker zu diesem Zeitpunkt bereits eine Zusage für die Leitung der Servicestelle erhalten hatte?

47. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Wie bewertet es die Bundesregierung, dass die Leiterin der neuen Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement „Engagement Global“ bereits am 16. Oktober 2011 und somit vor dem Auswahlverfahren des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Besetzung der Stelle im November und Dezember 2011 in einem Interview mit „BOULEVARD Baden“ erklärte, sie werde wegen ihres neuen Jobs aus Baden wegziehen und mit ihrem neuen Arbeitgeber sei „schon alles in trockenen Tüchern“?

48. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)

Wann hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel Kenntnis von der Bewerbung von Gabriela Büssemaker auf die Stelle als Leiterin der neuen Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement erlangt, und wurde Gabriela Büssemaker die Leitungsstelle vom Bundesminister oder einem Dritten in seinem Auftrag vor Abschluss des Bewerbungsverfahrens direkt oder indirekt in Aussicht gestellt?

49. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)

Wann wurden die Ausschreibung und das Auswahlverfahren für die Leitung der neuen Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement durchgeführt, und wie bewertet der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in diesem Zusammenhang die Äußerungen von Gabriela Büssemaker in einem Interview mit „BOULEVARD Baden“ vom 16. Oktober 2011, dass ihre neue berufliche Tätigkeit zwar schon in trockenen Tüchern sei, sie aber dem Arbeitgeber, der die Stellenbesetzung erst Ende des Jahres 2011 selbst bekannt geben werde, Vertraulichkeit zugesichert habe?

50. Abgeordnete **Dr. Bärbel Kofler** (SPD)

In welcher Form war der VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. an der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Leitung der Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement beteiligt, und trifft es zu, dass dem Verband ursprünglich ein Mitspracherecht für das Auswahlverfahren zugesichert worden war?

51. Abgeordneter **Manfred Zöllmer** (SPD)

Welche Kosten wurden durch das Bewerbungsverfahren für die Leitung der Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement verursacht?

52. Abgeordneter **Manfred Zöllmer** (SPD)

Wann wurde Gabriela Büssemaker darüber informiert, dass sie den Zuschlag für die Stelle erhalten wird?

53. Abgeordneter **Frank Schwabe** (SPD)

Wie viele Bewerberinnen und Bewerber haben am Auswahlverfahren um die Leitung der neuen Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement insgesamt teilgenommen, und wie viele von ihnen wurden zu Bewerbungsgesprächen eingeladen?

54. Abgeordneter **Frank Schwabe** (SPD)

Von welchem externen Personalberatungsbüro wurde das Bewerbungsverfahren durchgeführt?

55. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Um welche Personalberatungsfirma handelt es sich bei der zur Durchführung des Auswahlverfahrens zur Besetzung der Leitung der neuen Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement „Engagement Global“ hinzugezogenen Personalberatung namentlich, und welche Kosten sind hier entstanden?

56. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass Personen, die seit dem Herbst 2009 in verantwortliche Positionen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aufrückten oder dort in diese Positionen neu eingestellt wurden,

für Firmen und Unternehmen tätig waren oder noch sind, die geschäftliche Beziehungen zum Bundesministerium oder zu den vom Bundesministerium geförderten Projekten unterhalten?

57. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dass bei der Personalauswahl zur Besetzung verantwortlicher Positionen im BMZ auch „politische Loyalität“ Voraussetzung sei (vgl. WESTFALEN-BLATT vom 17. Januar 2012), und woran bemisst die Bundesregierung das Vorhandensein dieser „politischen Loyalität“, insbesondere hinsichtlich der Mitgliedschaft der Bewerber in den die Regierung tragenden Parteien?

58. Abgeordnete **Christine Buchholz** (DIE LINKE.)

In welcher Weise wurde seitens der Bundesregierung seit dem Herbst 2009 bei den Neubesetzungen verantwortlicher Positionen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei der Personalauswahl das mögliche Bestehen geschäftlicher Beziehungen der Bewerber zum BMZ oder zu vom BMZ geförderten Projekten im Sinne unzulässiger Interessenkollisionen bewertet?

59. Abgeordnete **Christine Buchholz** (DIE LINKE.)

Ist es gängige Praxis, dass das BMZ privatwirtschaftliche Personalagenturen in die Personalentscheidung einbezieht, und wenn nein, soll dies gängige Praxis werden?

60. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sich angesichts des Briefes der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer in den Streit zwischen den Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Personalpolitik des Bundesministers Dirk Niebel eingeschaltet, und wie bewertet sie den offensichtlichen Bruch zwischen den Koalitionspartnern im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages?

61. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern muss man davon ausgehen, dass mit der neu geschaffenen Abteilung „Politik und Kommunikation“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch Öffentlichkeitsarbeit für die liberale Linie in der Entwicklungspolitik während des Wahlkampfes gemacht werden

wird, und wie bewertet die Bundesregierung die Befürchtung des Personalrats im BMZ, hier entstehe die „Kampa für den Wahlkampf 2013“?

62. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Wie passt die in der dpa-Meldung vom 18. Januar 2012 vom Bundesminister Dirk Niebel vorgetragene Behauptung, er würde in seinem Bundesministerium auf keinen Fall FDP-Parteianhängerinnen und -anhänger bei der Stellenvergabe bevorzugen, zu dem in dem Beitrag „Rette sich wer kann“ der Fernsehsendung Report München vom 10. Januar 2012 zitierten Papier zur politischen Positionierung von AA und BMZ der FDP, in dem es heißt, man müsse „Schlüsselministerien mit Breitenwirkung mit Liberalen besetzen“ und „Es gibt kaum ein Ministerium, welches derart viele personelle Besetzungen zu bestimmen hat [wie das BMZ]“ und das mit der Feststellung endet, die Besetzung des Themas Entwicklungszusammenarbeit könne dem „Image der FDP als ‚sozial kalt‘ entgegenwirken“, und wie sind die im Papier genannten Zielsetzungen mit einer objektiven Auswahl der qualifiziertesten Bewerber bei der Stellenvergabe im BMZ vereinbar?

63. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Existenz des FDP-Strategiekonzeptes Papier zur politischen Positionierung von AA und BMZ, welches im Rahmen der Koalitionsverhandlungen 2009 auf sieben Seiten eine stärkere „liberale Durchdringung“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Form von „mehr FDP-Leuten in Ministerialjobs“, eine Nutzung der Entwicklungspolitik, um dem „Image [der FDP] als sozial kalt“ entgegenzuwirken, sowie die schrittweise Integrierung des BMZ in das Auswärtige Amt, um dessen „schleichende“ Entmachtung zu stoppen, fordert (vgl. DIE ZEIT vom 12. Januar 2012)?

64. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung mit der Einstellung einer ehemaligen McKinsey-Beraterin als neue Leiterin der Abteilung 4 des BMZ, verstärkt auf Ansätze der McKinsey-Unternehmensberatung wie Liberalisierung, Privatisierung und Personalkosteneinsparung zu setzen?

65. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)

Wie und mit welchem Auswahlverfahren beabsichtigt der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel, die für 2012 im Einzelplan 23 ausgewiesenen rund 180 neuen Stellen zu besetzen, und welche Wertigkeiten haben diese Stellen?

66. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)

Wie wird sichergestellt, dass diese Stellen nicht dazu dienen, ehemalige Abgeordnete oder ehemalige Mitarbeiter nicht mehr existierender FDP-Landtagsfraktionen zu versorgen?

67. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)

Wurden beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Mitarbeiter eingestellt, die nicht den Mindestanforderungen für BMZ-Mitarbeiter entsprechen?

68. Abgeordneter
Lothar Binding (Heidelberg)
(SPD)

Trifft es zu, dass bei der Besetzung der 65 GIZ-Stellen, die 2011 gewährt wurden, auf Druck der Vertreter der Personalreferate des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Personen eingestellt und auf Stellen des BMZ übernommen wurden, die wenige Monate zuvor an einem BMZ-Assessment-Center teilgenommen hatten und durchgefallen waren, und ist es außerdem korrekt, dass diese Personen Mitglieder der FDP sind?

69. Abgeordneter
Lothar Binding (Heidelberg)
(SPD)

Was entgegnet die Bundesregierung auf Vorwürfe, dass einer der Referentenposten im Büro des Weltbank-Exekutivdirektors, der üblicherweise von Referenten aus dem BMZ mit viel Berufserfahrung besetzt wird, jetzt mit einem Externen besetzt wurde, der Mitglied der FDP ist und noch nie für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gearbeitet hat und es somit fraglich ist, ob er die nötige Qualifikation besitzt, um die Interessen des BMZ bzw. Deutschlands bei der Weltbank zu vertreten?

70. Abgeordnete
Karin Roth (Esslingen)
(SPD)

Aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit dem Auswärtigen Amt (AA) eine Verlegung der Not- und Übergangshilfe aus dem BMZ in das AA getroffen, bevor eine Auswertung des Gutachtens „Evaluierung der deutschen humanitären

Hilfe im Ausland“ erfolgte, und wann wird das Gutachten vorgelegt, das bis Mitte Januar 2012 vorliegen sollte?

71. Abgeordnete **Karin Roth (Esslingen)** (SPD)

Wie viele Stellen für Unterabteilungsleiter wurden im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung seit 2009 neu geschaffen, neu besetzt, und wie war dabei das Auswahlverfahren?

72. Abgeordneter **Thilo Hoppe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen hat die durch die Vereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 10. November 2011 angekündigte Umsetzung von 52 Stellen aus dem Haushalt des BMZ in den Haushalt des AA für die von der Bundesregierung angestrebte Stärkung des BMZ durch eine deutliche Erhöhung seines Personals, und wie viele neu geschaffene Stellen und Planstellen stehen angesichts der für die Schaffung neuer Abteilungen, Unterabteilungen und Referate benötigten sowie der über andere Bundesministerien umgesetzten Stellen zur Stärkung der Länder- und Regionen-, Fach- bzw. Themenreferate zur Verfügung?

73. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 17. Januar 2012 zitierte Einschätzung, dass es klar rechtswidrig sei, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit einem heutigen Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH nach seinem Weggang zur GIZ noch einen unbefristeten Vertrag abgeschlossen hat, die laut derselben Ausgabe auf einer Personalversammlung im BMZ von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgebrachten Warnungen vor „persönlichen Seilschaften“ und „doppelten Standards bei der Einstellung“ sowie die Aussage, Personalentscheidungen der Leitung würden „mit einer bisher nicht gekannten Kälte und Gnadenlosigkeit durchgepeitscht“?

74. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.)

In welchen Bereichen sind die 300 Stellen angesiedelt, auf die sich der Bundesminister Dirk Niebel in der dpa-Meldung vom 18. Januar 2012 bezieht, in der er behauptet, „sein Ministerium habe seit dem Beginn der Reform insgesamt 300 Stellen eingespart“?

75. Abgeordneter **Dr. h. c. Jürgen Koppelin** (FDP)

Trifft es zu, dass Zahlungen aus internationalen Entwicklungsfonds an Projekte in Kuba, die in US-Dollar erfolgen, durch die USA erheblich verzögert werden?

76. Abgeordneter **Dr. h. c. Jürgen Koppelin** (FDP)

Wie hoch waren die finanziellen Mittel, die in den Jahren 2010 und 2011 durch kirchliche Entwicklungshilfe aus Deutschland an kirchliche Organisationen in Kuba gezahlt wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

77. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wurde der Export von Patriot-Raketen nach Südkorea beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle beantragt und geprüft?

78. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Stand des von der Bundesregierung angekündigten Zertifizierungsverfahrens für die Tätigkeit privater Sicherheitsdienste an Bord von Handelsschiffen, und inwiefern sind Aussagen des Abgeordneten Dr. Hans-Peter Uhl (NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG vom 2. Januar 2012) zutreffend, dass bereits „die ersten waffenrechtlichen Erlaubnisse für Unternehmen“ für Sicherheitsdienstleistungen an Bord von Schiffen erteilt worden seien?

79. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Darlegungen des offenen Briefs von namhaften Wissenschaftlern an die Bundesregierung und die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages vom 19. Januar 2012 mit einem Plädoyer für eine verlässliche, verbindliche und beherzte Energieeffizienzpolitik, und welche konkreten Positionen will sie diesbezüglich auf EU-Ebene für das Energieministertreffen am 15. Februar 2012 einbringen (hier insbesondere im Hinblick auf Artikel 6 des Entwurfs der Energieeffizienzrichtlinie)?

80. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Unternehmen der Industrie (bitte aufschlüsseln nach den einzelnen Branchen) haben bis heute eine Befreiung von der Zahlung von Netzentgelten beantragt, und mit welchen hierdurch verursachten Einnahmeausfällen werden die übrigen Stromverbraucher belastet (bitte Gesamtsumme und Cent je Kilowattstunde angeben)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

81. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen wurde 2006 gegen den Sohn des ehemaligen libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi, Saif al-Arab al-Gaddafi, nach Ablauf seines italienischen Touristenvisums in Deutschland kein Visumverfahren eingeleitet, sondern vielmehr die Erteilung einer einjährigen Aufenthaltserlaubnis seitens des Auswärtigen Amts für „angemessen" gehalten, die zudem ohne die sonst üblichen sicherheitsrechtlichen Befragungen mehrfach verlängert wurde, und welchen Einfluss gab es von Stellen des Bundes auf strafrechtliche Ermittlungen gegen Saif al-Arab al-Gaddafi (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 16. Januar 2012, SPIEGEL ONLINE vom 16. Januar 2012)?

82. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Auskünfte gibt die Bundesregierung über die jeweilige Zahl der zwischen Oktober 2006 und Oktober 2011 in Afghanistan mit internationaler Hilfe einerseits ausgebildeten und andererseits (u. a. wegen Kündigung, Entlassung, Desertion, Krankheit oder Tod) vor Ablauf ihres Vertrages aus dem Dienst wieder ausgeschiedenen Soldaten sowie Polizisten (bitte auflisten nach Jahren und jeweils nach Soldaten und Polizisten), und wie beurteilt die Bundesregierung angesichts einer Abgangsrate für Polizisten noch in 2011 von 1,3 Prozent monatlich – so der „Fortschrittsbericht Afghanistan" der Bundesregierung vom Dezember 2011 – die Zuverlässigkeit sowie Einsatzbereitschaft der afghanischen Sicherheitskräfte?

83. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg des zehnjährigen auch militärischen Kampfes gegen die Produktion von sowie den Handel mit Opium durch die afghanischen Behörden und die internationale Gemeinschaft, der stets als unverzichtbar für die Herstellung von Sicherheit sowie Stabilität in Afgha-

nistan proklamiert wurde, angesichts eines Anstieges der Opiumproduktion um 61 Prozent in 2011 gegenüber dem Vorjahr – so der „Fortschrittsbericht Afghanistan“ der Bundesregierung vom Dezember 2011 –, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Misserfolg der Bekämpfung der Drogenproduktion hinsichtlich ihrer Behauptungen, die Stabilität in Afghanistan habe sich positiv sowie nachhaltig entwickelt?

84. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung in ihren bilateralen und internationalen Gesprächen mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika anlässlich des zehnten Jahrestages der Errichtung des US-Gefangenenlagers Guantanamo, das nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder European Center for Constitutional und Human Rights (ECCHR) weder minimale Rechtsstandards noch humanitäre Mindestbedingungen zur Unterbringung der Gefangenen erfüllt und in dem Gefangene systematisch gefoltert werden, um eine sofortige Schließung des Folterlagers zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

85. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Tagesordnungspunkte hatten die Treffen der International Working Group on Undercover Policing einschließlich ihrer Unterarbeitsgruppen in den letzten fünf Jahren, und welche Geheimdienst- bzw. Polizeibehörden welcher Regierungen oder Vertreter sonstiger Einrichtungen nahmen jeweils daran teil?

86. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Institutionen welcher Länder (Ministerien, Behörden, Polizeien oder sonstige Stellen auch der Europäischen Union) nahmen bzw. nehmen (auch als Beobachter) von 2011 bis 2013 an den European Union Police Service Trainings teil, und was wird dort jeweils konkret trainiert (bitte für 2011 eine Übersicht über die Module skizzieren)?

87. Abgeordnete **Sabine Stüber** (DIE LINKE.)

Wie viele Beamte und Angestellte aus den Grenzinspektionen an der deutsch-polnischen Grenze waren seit der Umsetzung der Neuorganisation zu anderen Dienststellen abgeordnet und wie lange (Zahlen bitte für die Gesamtgrenze und für den Grenzabschnitt im Wahlkreis 058 angeben)?

88. Abgeordnete **Sabine Stüber** (DIE LINKE.)

Von welcher Dauer werden die nach Angaben des Bundesministeriums des Innern kurz vor dem Abschluss stehenden neu organisierten Strukturen und Personalstärken der Bundespolizei vor dem Hintergrund der Beschäftigungs- und Lebensperspektiven der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein?

89. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung das deutsch-syrische Rücknahmeabkommen trotz der in Syrien anhaltenden schweren Menschenrechtsverbrechen bisher noch nicht aufgekündigt und legitimiert das Fortbestehen dieses völkerrechtlichen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Syrien das Regime von Bashar al-Assad nicht in unnötiger Art und Weise?

90. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Rücknahmeantrag an Ungarn für vier Syrerinnen und Syrer gestellt, die sich momentan in München-Stadelheim in Abschiebehaft befinden, obwohl die ungarische Behörde für Einwanderung und Staatsangehörigkeit noch am 13. September 2011 erklärt hatte, dass Syrien ein „sicheres Herkunftsland“ sei, in das abgeschoben werden könne, und verletzt die Bundesregierung mit der Rückführung der vier Syrerinnen und Syrer nach Ungarn nicht das völkergewohnheitsrechtliche und in Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention niedergeschriebene Refoulement-Verbot, dass die Ausweisung und Zurückweisung eines Flüchtlings in einen Staat verbietet, in dem sein Leben bedroht sein würde?

91. Abgeordneter **Christian Lange (Backnang)** (SPD)

Nach welcher Regelung wurde der ehemalige Pressesprecher des Bundespräsidenten Christian Wulff, Olaf Glaeseker am 1. Januar 2011 Beamter des Bundes, nachdem er bis dato niedersächsischer Landesbeamter im Rang eines Staatssekretärs blieb, und bekam Olaf Glaeseker in dieser Zeit Zulagen, die ihm sein Gehalt als Staatssekretär auf Landesebene sicherten?

92. Abgeordneter
Christian Lange (Backnang)
(SPD)

Um welche Art von Zulagen handelte es sich dabei, und wie werden sie begründet?

93. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf Artikel 7 des EU-Grundlagenvertrags (Vertrag von Lissabon) das Verhalten der Regierung der Republik Ungarn, das nach Presseberichten (Süddeutsche Zeitung vom 18. Januar 2012) Züge „einer gelenkten Demokratie“ mit „autoritären Zügen“ trägt, insbesondere im Hinblick auf Gesetzesänderungen in Sachen Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Justiz, Unabhängigkeit der Zentralbank sowie Datenschutz, und inwieweit wird die Bundesregierung bei Entscheidungen über weitere EU-Zahlungsbilanzhilfen – unter Angabe des aktuellen Standes der Verhandlungen und der bisher geleisteten, noch nicht zurückgezahlten Hilfen – die Rücknahme dieser Gesetzesänderungen zur Voraussetzung machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

94. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)

Werden im Jahr 2012 weiterhin 300 Mio. Euro für die Programmausgaben Elektromobilität zur Verfügung stehen, und falls nein, welche Bereiche der Elektromobilität werden eine geringere Förderung erhalten?

95. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)

Vertritt die Bundesregierung weiterhin die Auffassung, dass die Mittel für die Energieforschung in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz für 2012 in Höhe von 50 Mio. Euro in voller Höhe zur Verfügung stehen werden, oder wird der Energie- und Klimafonds „unter den Voraussetzungen von § 4 Abs. 4 Satz 2 EKFG n. F. [hierfür] ein Liquiditätsdarlehen aus dem Bundeshaushalt“ erhalten, was der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Joachim Otto im September 2011 als eine Option darstellte (vgl. Antwort auf die Frage der Abgeordneten Marianne Schieder, Plenarprotokoll 17/126 vom 21. September 2011)?

96. Abgeordneter **Michael Gerdes** (SPD)

Sind aktuelle Medienberichte (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 18. Januar 2012) zutreffend, laut denen im laufenden Jahr 2012 bis zu 400 Mio. Euro für Klimaschutzprojekte fehlen werden, die aus dem Energie- und Klimafonds finanziert werden sollten?

97. Abgeordneter **Michael Gerdes** (SPD)

Welche Finanzierungslücke erwartet die Bundesregierung beim Energie- und Klimafonds ausgehend von den aktuellen Rahmenbedingungen (geringere Einnahmen aus dem Handel mit CO_2-Zertifikaten) für das Jahr 2013?

98. Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)

Wie hoch sind die Haushaltsmittel, die für 2012 aus dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in den Energie- und Klimafonds überführt wurden, und wie hoch fällt nach der aktuellen Begrenzung der Ausgaben des Fonds die Steigerung der Mittel für Forschungsprojekte im Vergleich zum Vorjahr 2011 aus?

99. Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)

Wie hoch war der Anteil der Forschungsausgaben an den für 2012 eingeplanten 780 Mio. Euro für den Energie- und Klimafonds, und wie hoch werden die Forschungsausgaben nach aktueller Planung ausfallen?

100. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

Werden im Jahr 2012 weiterhin 149 Mio. Euro für die erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, und falls nein, welche Bereiche der erneuerbaren Energien werden eine geringere Förderung erhalten?

101. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

Werden im Jahr 2012 weiterhin 110 Mio. Euro für die Energieeffizienz zur Verfügung stehen, und falls nein, welche Bereiche der Energieeffizienz werden eine geringere Förderung erhalten?

102. Abgeordneter **Willi Brase** (SPD)

Wie soll angesichts der durch die deutlich geringeren Erlöse aus der Versteigerung der Berechtigung gemäß dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz eingetretenen Finanzierungslücke und der auch für die Zukunft absehbaren Unwägbarkeiten im CO_2-Handel eine längerfristig planbare Forschungsförderung im Bereich der Energieforschung realisiert werden?

103. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)

Welche Grundannahmen lagen der Erwartung der Bundesregierung zugrunde, dass mit einem Preis von 17 Euro pro CO_2-Zertifikat in 2012 zu rechnen sei, und welchen durchschnittlichen Preis erwartet die Bundesregierung für die Zertifikate in 2012 und 2013?

104. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie möchte die Bundesregierung die aufgrund des niedrigen CO_2-Preises zu erwartenden massiven Einnahmeausfälle des Energie- und Klimafonds in 2012 und 2013 ausgleichen, und ist dazu die Aufstockung des Fonds aus Haushaltsmitteln vorgesehen?

105. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Bericht der Facharbeitsgruppe Verlustverrechnung und Gruppenbesteuerung, und plant die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode die Bedingungen für Verlustvortrag und/oder Verlustrücktrag zu erleichtern?

106. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Welche materiellen Änderungen für die Aufklärung von Steuerhinterziehungen folgen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA-Schweiz) nach den Anforderungen an ein Auskunftsersuchen nach Nummer 3 Buchstabe b des Protokolls zu Artikel 27 DBA-Schweiz in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 27. Oktober 2010 gemäß dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 4. Januar 2012, und wie viele Informationen wurden seit Bestehen der Regelung aus Deutschland entsprechend dem DBA-Schweiz abgerufen (bitte getrennt nach Jahren angeben)?

107. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)

Wie sind steuerliche Teilwertabschreibungen für griechische Staatsanleihen vorzunehmen, die durch das Anleihetauschprogramm im Rahmen des vom Europäischen Rat vorgesehenen Unterstützungsprogramms bedingt sind, auch vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes (BFH) gegen die bisherige Verwaltungsanweisung des Bundesministeriums der Finanzen zu Teilwertabschreibungen (BFH vom 21. September 2011), und mit welchen steuerlichen Mindereinnahmen rechnet die Bundesregierung hieraus?

108. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesfinanzhofes vom 19. Mai 2010 (I R 62/09) über die Freistellung von Dividenden an Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über so genannte Steuersparmodelle, die die in dem Urteil beschriebenen Konstellationen optimierend ausnutzen?

109. Abgeordneter **Harald Koch** (DIE LINKE.)

Welche Ergebnisse hat die Bundesregierung aus dem im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP aufgeführten Prüfauftrag zu einer weiteren Ausweitung der Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer gewonnen, und hält die Bundesregierung es für sinnvoll, die Ist-Besteuerung über das aktuelle derzeitige Ausmaß hinaus für eine Förderung kleiner Unternehmer auszuweiten?

110. Abgeordneter **Harald Koch** (DIE LINKE.)

Welche Personen sind Mitglieder in der von der Bundesregierung eingerichteten Kommission zur Überprüfung der ermäßigten Umsatzsteuersätze, und an welchen Terminen haben bereits Treffen der Kommission stattgefunden?

111. Abgeordneter **Richard Pitterle** (DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die ab dem Veranlagungszeitraum bzw. Erhebungszeitraum 2011 verpflichtende elektronische Übermittlung von Körperschaft- und Gewerbesteuererklärungen an das Finanzamt (einschließlich der Erklärungen zur gesonderten Feststellung von Besteuerungsgrundlagen und der Zerlegungserklärungen) sowie die Erklärungen zur gesonderten Feststellung nach § 180 Absatz 1 Nummer 2 der Abgabenordnung derzeit nicht möglich ist, da die notwendigen technischen Voraussetzungen bei der Finanzverwaltung derzeit nicht gegeben sind, so dass eine elektronische Übermittlung noch nicht erfolgen kann und die Steuererklärungen demzufolge wie bisher in Papierform einzureichen sind, und aus welchen Gründen liegen die technischen Voraussetzungen derzeit trotz gesetzlicher Pflicht zur elektronischen Übermittlung nicht vor?

112. Abgeordneter **Richard Pitterle** (DIE LINKE.)

Aus welchem Grund wurde Nummer 132 Absatz 1 der Anweisungen für das Straf- und Bußgeldverfahren dahingehend geändert, dass die Finanzämter künftig verspätete Erklärungen, z. B. bei der Voranmeldung, sogleich an die Strafsachenstelle weiterzu-

leiten haben, so dass verstärkt strafrechtliche Konsequenzen zu erwarten sind, auch vor dem Hintergrund, dass verspätete Abgaben nicht nur mutwillig, sondern z. B. infolge von Krankheit eintreten können, und wie ist in diesen unbeabsichtigten Fällen im Rahmen eines „friedfertigen“ Steuerverfahrens weiterhin zu verfahren?

113. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Statuiert Artikel 7 des sogenannten Fiskalvertrags eine Rechtsfolge, die eine Stimmabgabe oder ein Schweigen der Bundesregierung im Rat der Europäischen Union im Vorhinein erzwingt, und verstößt eine solche völkerrechtliche Verpflichtung zu einem bestimmten Verhalten Deutschlands im Rat gegen die in Artikel 23 des Grundgesetzes vorgesehenen Verfahren?

114. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche der im Treaty on stability, coordination and governance in the Economic and Monetary Union vorgesehenen Maßnahmen könnten im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren (Sekundärrecht) mit qualifizierter Mehrheit des Rates umgesetzt werden, und welche Maßnahmen bedürfen nach Ansicht der Bundesregierung aufgrund von Inkompatibilität einer Änderung der Europäischen Verträge?

115. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Schritte plant die Bundesregierung zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer für den Fall, dass eine Einführung der Steuer innerhalb der EU27 nicht realisiert werden kann?

116. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann werden dem Deutschen Bundestag die Details des gemeinsamen Papiers der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Kenntnis gegeben, über das Medien aktuell eingehend berichten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

117. Abgeordnete **Dr. Martina Bunge** (DIE LINKE.)

Was ist der Bundesregierung über den Umfang und den Verbleib der Betriebsrentenfonds bekannt, die bei denjenigen volkseigenen Betrieben der DDR existierten, die ihren Beschäftigten nach der sog. AO 54 eine betriebliche Zusatzversorgung gewährt haben (bitte die Angaben getrennt nach Betrieben, die an die Treuhandanstalt übergingen und nach Betrieben, deren Umwandlung bereits bis zum Sommer 1990 erfolgt war machen)?

118. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Positionen Nr. 5 der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention „Barrieren im Einzelfall überwinden: Angemessene Vorkehrungen gesetzlich verankern“, und was hat sie diesbezüglich vom Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention im März 2009 bis zum 31. Dezember 2011 getan?

119. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Warum ist das Bürgertelefon der Bundesregierung „Infos für behinderte Menschen“, Tel. 01805/676715 mit 0,14 Euro/Minute aus dem Festnetz (Mobilfunk bis 0,42 Euro/Minute) kostenpflichtig, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um vor dem Hintergrund der Artikel 9 und 21 der UN-Behindertenrechtskonvention die kostenfreie telefonische Erreichbarkeit von Informationen für Menschen mit Behinderungen umzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

120. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche konkreten rechtlichen Regelungen gibt es hinsichtlich des Schutzes von Söllen vor dem Eintrag von Pflanzenschutzmitteln, und auf welcher Grundlage werden die Belastungsobergrenzen festgelegt?

121. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Pestizidbelastungen von Söllen vor, und welche Pestizide wurden am häufigsten in den Söllen gefunden?

122. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Nachhaltigkeit im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) im Jahr 2011 vor dem Hintergrund, dass diese im aktuellen Ressortbericht zur Nachhaltigkeit des BMELV im Gegensatz zum Bericht von 2008 keine Erwähnung fand, und an welcher Stelle können sich Bürgerinnen und Bürger sonst über Maßnahmen zur nachhaltigen Arbeitsweise im Geschäftsbereich des BMELV informieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

123. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten fehlen der Bundeswehr derzeit insgesamt, und wie plant das Bundesministerium der Verteidigung, diese Leerstellen zu füllen?

124. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo hat es seit 2006 nationale Aufklärungsfahrten der Deutschen Marine entsprechend dem jüngsten Auftrag des Flottendienstbootes „Alster“ gegeben, und welche dieser Aufklärungsfahrten waren bewaffnet?

125. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Wurde neben dem Export von Patriot-Raketen auch der unzureichend verpackte Sprengstoff aus den Beständen der Bundeswehr durch eine Ausfuhrgenehmigung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie genehmigt (siehe Plenarprotokoll 17/151, Frage 15), und wenn ja, ist diese Ausfuhrgenehmiung nach Einschätzung der Bundesregierung kompatibel mit den Exportrichtlinien?

126. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Wer übernimmt für die Gefährdung der Schiffsbesatzung durch die unsachgemäße Verpackung des Sprengstoffes (siehe Plenarprotokoll 17/151, Frage 15) die Verantwortung, und inwiefern sind deutsche Behörden ihrer Kontrollpflicht nachgekommen?

127. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Entsprechen die, sich in der Installation befindenden, Radaranlagen des Typs ASR-S dem Stand der Technik hinsichtlich der Minimierung der Auswirkungen von Störungen auf Radaranlagen, die durch Windenergieanlagen hervorgerufen werden, und liegen dieser Einschätzung auch Informationen über die neuesten Radaranlagen der anderen NATO-Mitgliedsländer zu Grunde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

128. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die aktuelle Studie zu anonymen Geburten und Babyklappen des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) dem Deutschen Bundestag zur Verfügung zu stellen, und wenn ja, wann?

129. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Zieht die Bundesregierung Konsequenzen aus den Ergebnissen der aktuellen DJI-Studie, und wenn ja, welche?

130. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was gedenkt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, konkret zu tun, um die nach der aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in den Vorständen der großen Unternehmen weiterhin vorherrschende männliche Monokultur zu verändern?

131. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie erklärt sich die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, das Fazit der DIW-Forschungsdirektorin, Elke Holst, „obwohl das Ziel, mehr Frauen in Spitzengremien der Wirtschaft zu berücksichtigen, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Politik immer stärkere Beachtung findet, werden Frauen an den maßgeblichen wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen weiterhin kaum beteiligt“, und wie erklärt sie, dass sie weiterhin auf Freiwilligkeit bei den Unternehmen setzt?

132. Abgeordnete **Iris Gleicke** (SPD)

Wie viele Bundesmittel zur Förderung von Initiativen und Projekten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, aus den staatlichen Präventionsprogrammen „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und Initiative „Demokratie stärken“ sind in den Bundesländern 2011 nicht abgerufen worden (bitte nach den fünf neuen Bundesländern und Förderprogrammen aufschlüsseln), und sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang aus nicht abgerufenen Mitteln und der Unterzeichnung der sog. Extremismusklausel, die von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, seit 2011 verlangt wird?

133. Abgeordnete **Iris Gleicke** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, diese sog. Extremismusklausel zu streichen, um Initiativen, Gruppen und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, angemessen zu fördern?

134. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie hat sich seit 2005 bis heute die Zahl der Kinderzuschlagsbezieher nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes entwickelt (bitte jährliche Daten inklusive der Zahl der betroffenen Kinder sowie die Monatsdaten für die sechs Monate vor und nach der Neuregelung 2008 aufschlüsseln), und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?

135. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie haben sich seit 2005 bis heute die Ausgaben für den Kinderzuschlag entwickelt (bitte jährliche Daten für Soll/Ist angeben), und inwiefern sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der seit 2008 zurückgehenden Zahl von Vollzeitaufstockern (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Vollzeit mit ergänzenden Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch) und der in diesem Jahr in Kraft getretenen Neuregelung des Kinderzuschlags?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333